

SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

P/XVI/211 - 19. September 1961

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170

Fernsprecher 2 18 31 - 33

Fernschreiber 0 886 890

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

<u>Seite:</u>		<u>Zeilen:</u>
1	<u>Zeichen politischer Reife</u> Dank an die Presse	36
2	<u>Soldat des Friedens</u> Zum Tode Dag Hammarskjölds	35
3	<u>Gelassenheit und Ruhe</u> Der 17. September im Spiegel des Auslandes	49
4	<u>99,9 Prozent</u> Ulbrichtwähler - ganz im Stile Stalins	51
5	<u>Die SED, die Berliner "Falken" und das Anne Frank-Lager</u> Auch die "Falken" lösten sich in Ostberlin auf	34
6 - 7	<u>Warum gerade Fanfani?</u> Italien und die Sowjetunion Von unserem Korrespondenten in Rom, Franca Magnani	63

* * * *

Zeichen politischer Reife

Dank an die Presse

G.M. - Der grösste Teil der westdeutschen Presse hat in den hinter uns liegenden Wochen des Wahlkampfes eine beachtliche Fairness an den Tag gelegt. Es ist in Journalistenkreisen allgemein bekannt, dass zum Teil nur notdürftig getarnte Wahlmanager versucht hatten, der Presse "Material" in die Hände zu spielen, durch das im Vordergrund des öffentlichen Interesses stehende Politiker persönlich diffamiert werden sollten. Wer sich hierbei ein politisches oder materielles Geschäft versprochen hatte, muss heute einsehen, dass er das Opfer einer Fehlspekulation wurde.

Presse und Rundfunk machten diese Art von "Wahlkampf" einfach nicht mit und sicherten sich dadurch in der deutschen- und internationalen Öffentlichkeit einen auch über den Wahltermin hinausgehenden guten Ruf.

Die professionellen Giftköche - ganz gleich von welcher Seite sie kommen mögen - sind an der Haltung des Überwiegenden Teils der deutschen Presse gescheitert. Sie mussten erkennen, dass ihr übles Handwerk nicht honoriert wurde und können jetzt ihre Machwerke als Makulatur einstampfen lassen.

Mit dieser für die meisten Deutschen wohl erfreulichen Feststellung möchten wir eine andere Bemerkung verbinden. Die Tatsache, dass der grösste Teil unserer Presse und auch unseres Volkes die hässlichen Versuche persönlicher Diffamierung teils mit Entrüstung quittierten, teils mit einem für die Schmierfinken vernichtenden Schweigen übergieng, ist ein Zeichen politischer Reife.

Aus allen Teilen der Bundesrepublik hören wir, wie wenig Anklang in der Bevölkerung jene "Propagandisten" fanden, die da glaubten, eine politische Auseinandersetzung müsse im Stil des Catch geführt werden. Wo Scharfmacher und Kübelgiesser auftraten, wurden sie zur Ordnung gerufen. Ausnahmen bestätigten nur die Regel.

Auch diese Entwicklung ist mit ein Verdienst der deutschen Presse. In Kommentaren und Glossen von beissender Ironie haben zahlreiche profilierte Journalisten einen Feldzug für die Versachlichung des Wahlkampfes und gegen persönliche Verunglimpfungen geführt. Meist waren diese Fehden begleitet von erbitterten Leserbriefen, denen die Zeitungen breiten Raum gaben.

Wir meinen, dass gerade in diesen spannungsgeladenen Tagen, da unser Volk zur Bewährungsprobe aufgerufen ist, der deutschen Presse für diese ihre Haltung unser aller Dank gebührt.

Soldat des Friedens

ler - Mit dem Tod des Generalsekretärs der Vereinten Nationen, Dag Hammarskjöld, hat Schweden einen seiner bedeutendsten Bürger und die Welt den Mann verloren, der auf vorderstem Posten im Ringen um die Erhaltung des Weltfriedens stand. Sein unter tragischen Umständen erfolgter Tod hinterläßt in der ganzen Welt Trauer und Bestürzung - mit Ausnahme der Sowjetunion, die dieses bestürzende Ereignis ohne Kommentar registrierte. Die Sowjetunion hatte in den letzten Jahren den Generalsekretär mit heftigen Angriffen überschüttet, sie konnte es ihm nicht verzeihen, daß er, einem Auftrag der Vereinten Nationen folgend, im Kongo die Initiative ergriff und die Etablierung eines kommunistischen Regimes verhinderte. Seine letzte Bemühung galt der Wiederherstellung der durch latenten Bürgerkrieg gefährdeten Einheit des Kongo; sein Entschluß, die Separation Katanga auch mit Waffengewalt zu verhindern, trug ihm in Belgien und teilweise auch in Großbritannien Kritik ein. Dag Hammarskjöld, der Mann, der immer den Blick für das Ganze bewahrte und im Sinne des Ganzen handelte, war stets an den Brennpunkten der Weltpolitik zu finden. Wenn der Suez-Konflikt sich nicht zur Weltkatastrophe entwickelte, ein offener tunesisch-französischer Krieg vermieden wurde, hat die Welt es der Energie, dem Mut und der unermüdlichen Hingabe dieses Soldaten des Friedens zu verdanken.

Wird sich für ihn ein geeigneter Nachfolger finden? Sein Tod wirft Fragen von großer Tragweite auf. Die Sowjetunion hat es auf die Lahmlegung der Vereinten Nationen abgesehen. Sie will das Generalsekretariat entmachten. Anstelle des e i n e n sollen d r e i gleichberechtigte, mit Vetorecht ausgestattete Generalsekretäre treten, je einen aus dem westlichen, dem östlichen und dem neutralen Lager. Der Einspruch eines Generalsekretärs würde genügen, jeden von der Mehrheit der Vereinten Nationen gefaßten Beschluß wieder unwirksam zu machen. Setzt die Sowjetunion ihren Willen durch, werden die Vereinten Nationen zur Ohnmacht verdammt sein, die kleinen Staaten wären des Schutzes beraubt, den ihnen die Großen nicht zu geben vermögen. Hammarskjöld hat sich mit aller Kraft gegen die Annahme eines solchen Vorschlages gewehrt und sich dabei den Zorn des Kreml zugezogen. Der Streit um die Nachfolge des Generalsekretärs und der zu erwartende neue Vorstoß der Sowjetunion birgt den Keim schwerer Auseinandersetzungen, die die Existenz und Grundlage der Vereinten Nationen berühren dürften.

Gelassenheit und Ruhe

E.D. - Die öffentliche Meinung des westlichen Auslandes beurteilt den Wahlausgang in der Bundesrepublik mit Gelassenheit und Ruhe. In den politisch informierten Kreisen weiß man genau, daß die grundsätzliche Linienführung der deutschen Außenpolitik weiter beibehalten wird, ganz gleichgültig, wie die Zusammensetzung der neuen Bundesregierung aussehen wird.

Abgesehen von den allgemeinen Betrachtungen zur Bundestagswahl wertet man die Entscheidung des Wählers als ein Votum gegen die Person Adenauers. Man ist allerorten der Meinung, daß nicht nur mit dem 17. September die politische Ära eines Kannes zu Ende gegangen ist, sondern weist darauf hin, daß durch die wesentlichen Stimmgewinne der deutschen Sozialdemokratie das Pendel im innenpolitischen Leben der Bundesrepublik in Richtung auf demokratische Stabilität ausgeschlagen ist.

In den Äußerungen westlicher Publizisten kommt teilweise die Auffassung durch, daß der Verlust der absoluten Mehrheit der CDU bestimmte Faktoren der Bundesrepublik, die lange - vielleicht allzu lange - in den Augen der Verbündeten der Bonner Regierung verborgen geblieben sind, nun offen zum Tragen kommen.

Bemerkenswert ist auch, daß gerade für die Amerikaner der Wahlausgang nicht überraschend gekommen ist. In Washington hatte man sich schon lange mit dem Gedanken vertraut gemacht, daß die CDU von ihrem Sockel als quasi "Staatspartei" heruntersteigen würde, denn die Stimmungen in der Bundesrepublik, die man gerade in den USA sehr nüchtern registrierte, hatten schon vor geraumer Zeit die nun eingetretene Entwicklung erkennen lassen.

Gleichfalls interessant sind die Bemerkungen westeuropäischer Kreise zum Wahlergebnis vom vergangenen Sonntag. Auch überwiegt die Meinung, daß es für die Stabilität der Bundesrepublik ein großer Vorteil gewesen sei, daß die CDU ihre absolute Mehrheit verloren hat. Wie denn auch die große Amsterdamer Zeitung "Telegraaf" schreibt: "Aus diesem Gesichtswinkel betrachtet kann der Stimmenverlust der CDU als ein Pluspunkt für die demokratische Entwicklung der Bundesrepublik betrachtet werden". Die französische Zeitung "L'Aurore" weist darauf hin, daß die SPD von einem Kämpfer geführt worden sei. Die Stimmung, die im westlichen Ausland herrscht, wird besonders von den belgischen Zeitungen sehr gut wiedergegeben. Die konservative Zeitung "La dernière heure" untersuchte die Frage des Rückgangs der CDU-Stimmen und kommt dabei zu folgendem Ergebnis: "Das Berlinproblem hat den deutschen Wähler tief beeindruckt. Er begann über die Frage der deutschen Einheit nachzudenken und fragte sich dabei, ob Dr. Adenauer in dieser Frage immer eine gute Politik betrieben habe".

Man mag die Stimmen werten, wie man will. Eines ist jedoch nicht eingetreten: Der von Dr. Adenauer immer wieder an die deutschen Wähler gerichtete Schreckschuß, das Ausland sei beunruhigt, wenn die CDU-Stimmen verlieren würde. Das Ausland hat sehr viel nüchterner und realistischer reagiert, als der Parteichef der CDU es wahrhaben wollte, denn sowohl in Washington als auch anderswo in der westlichen Welt weiß man sehr genau, die Stabilität der deutschen Demokratie war nie das alleinige Verdienst der CDU.

99,9 Prozent

sp - Mit gleich zweimal 99,9 Prozent sind die "Wahlen" der Zone angeblich ausgegangen: 99,9 Prozent sollen sich beteiligt haben, von denen wiederum 99,9 Prozent für Ulbrichts Einheitslisten gestimmt hätten. Dies ist das vorläufige Endergebnis, das Pankows Innenminister Maron verkündete. Er sagte, dies sei der "grösste Wählerfolg" gewesen, den die kommunistische Nationale Front je erreicht habe.

Tatsächlich hatte diese "Wahl" einen Superlativ, aber weder in der Beteiligung noch in der Zustimmung, sondern allein im Massenterror. Niemals vorher sind so viele Bürger wegen angeblicher Kritik und Boykott-hetze vom SSD verschleppt, von Rollkommandos zusammengeschlagen oder an ihren Arbeitsplätzen gemassregelt worden, wie das diesmal der Fall war. Zur Einschüchterung der Bevölkerung hat die Provinzpresse der Zone wochenlang solche Fälle in drastischen Farben geschildert, wodurch allein mehr als tausend Fälle dieses Terrors bekannt wurden. Aber dennoch war der Widerstand gerade diesmal so gross, dass Pankow nur durch die Fälschung der Zahlen über die Wahlbeteiligung sein Gesicht wahren konnte. Aus Ostberlin wurde aus ZK-Kreisen bekannt, dass trotz des Wahlterrors die wirkliche Wahlbeteiligung örtlich verschieden zwischen 78 und 96 Prozent lag, so dass der Zonendurchschnitt weit unter 90 Prozent blieb.

Das ZK hatte ganz bewusst die terroristische Drohung in den Mittelpunkt der Agitation gestellt, indem von vornherein erklärt wurde, wer nicht an dieser Abstimmungsfarce teilnehme, sei ein "Klassenfeind" und müsse entsprechende Konsequenzen tragen. Die hohe Zahl derer, die aus Protest gegen die Berlinprovokation und den harten Kurs der Kommunisten dennoch zu Hause blieben, macht es den Machthabern unmöglich, diese Drohungen tatsächlich zu verwirklichen. Der SSD ist angewiesen worden, zunächst über jeden Nichtwähler eine "Analyse" herzustellen, die man dann "individuell" auswerten will. Die ursprünglich vorgesehene direkte Antwort an die Bewohner, die Ulbrichts Scheinwahl boykottierten, muss ausfallen.

Auch ein anderer Umstand trug dazu bei, dass der gewünschte Propagandaeffekt der Schwindelwahl nach Einheitslisten ausfiel. Hatte Pankow bei Bestlegung des Termins noch geprahlt, die Welt könne sich ein Bild von der "Demokratie" der Zone machen, so musste es während der Vorbereitungen unter dem Eindruck der ablehnenden Haltung der Bevölkerung die westlichen Beobachter zum Teil wieder ausladen, zum anderen Teil aber auf einige vorbereitete Renommierbezirke beschränken.

Was übrig bleibt, war ein Bild des dumpfsten Stalinismus mit nacktem Zwang und so strammen Listen, dass etwa im Vergleich mit Polen die Zone noch im finstersten Mittelalter lebt. In Polen konnte der Bürger durch Streichung von Kandidaten wenigstens noch eine gewisse Auswahl treffen und brauchte bei Fernbleiben nicht annähernd mit solchen Repressalien zu rechnen.

Vor der sogenannten Wahl in der Zone hatte die Bevölkerung dem Vorgang den Namen einer Volkszählung gegeben, aber durch das tatsächliche Fernbleiben von fast einem Fünftel der Wahlberechtigten ist nicht einmal das aus Ulbrichts Wahltrauerspiel geworden. Was bleibt, ist eine zwiefache Entlarvung der Diktatur, einmal durch die Methodik der erzwungenen offenen Abgabe der Einheitslistenzettel, zum anderen durch den eindrucksvollen Widerstand der Menschen, die sich selbst von den terroristischen Drohungen nicht einschüchtern liessen. + + +

Die SED, die Berliner "Falken" und das Anne Frank-Lager

E.G.S. - Die sozialistische Jugend "Falken" hatte bislang in Berlin einen enormen Zulauf. Ihre Leitung verstand es, auf die Jugend attraktiv zu wirken. So unternahm man auch regelmäßig Fahrten in ehemalige Konzentrationslager, sogar nach Auschwitz.

Die "Falken" schienen stets gewisse Sympathien auch im Ostsektor Berlins zu genießen. Und mancher junge Kommunist sah sich ideologisch bei den "Falken" ganz gut aufgehoben, so daß es mehrfach Auseinandersetzungen mit dem Landesverband der SPD gab, vor allem stets am 1. Mai wegen der von den "Falken" mitgeführten radikalen Tafeln und Spruchbänder.

Nun haben die "Falken" eine bittere Lehre einstecken müssen: daß es mit der SED kein Paktieren, mit dem diktatorischen Kommunismus kein Gespräch gibt. Die "Falken" lösten schweren Herzens und nach reiflicher Überlegung, wie sie schreiben, ihre starken acht ostberliner Kreise auf, nachdem sie von den Russen unter Druck gesetzt wurden und von der westberliner Landesleitung abgeschnitten worden sind.

Viel schwerer noch traf die "Falken" eine kommunistische Kritik. Sie hatten jetzt ein Ferienlager für 1700 Kinder als "Anne Frank-Lager" in Callantsog an der holländischen Küste veranstaltet, ein Zeltlager von Jugendlichen aus Ost- und Westberlin, das sich der Sympathie der Holländer erfreute. Man besuchte auch mit Gruppen das Anne Frank-Haus in Amsterdam und legte in Annes Kammer Kränze nieder. Die Berliner SED-Presse begann darauf eine unverschämte Hetze gegen dieses holländische Lager. Man behauptete, die "rechten SPD-Führer der "Falken" schulen Jugendliche in NATO-Ländern für den imperialistischen Krieg". Paßfälschungen und Währungsmanipulationen wurden ihnen weiter vorgeworfen. Die Jugendlichen seien, soweit sie aus dem Osten stammten, vorher von der politischen Polizei in Westberlin unter Druck gesetzt worden.

So wurde das Falken-Lager junger Berliner in Holland zur Hetze gegen die "anomale Lage der Frontstadt Westberlin" von den Kommunisten benutzt, ein Vorwurf, der die "Falken" ganz besonders betroffen hat. Auch die holländische Presse ("Algemeen Handelsblad") berichtete über den Vorfall. Er trug wesentlich zur Auflösung der sozialistischen Jugend in Ostberlin bei. Einer der letzten fragwürdigen Kontakte mit den Kommunisten ist damit durch diese selbst in probater Manier zerstört worden.

Warum gerade Fanfani?

Von unserem Korrespondenten in Rom, Franca Magnani

Weder die Einladung Chruschtschows an Fanfani, sich nach Moskau zu begeben, noch die Besprechungen der beiden Politiker hatten zu irgendwelchen ernsthaften Zwischenfällen in der italienischen Innenpolitik geführt. Chruschtschow hat zweifellos versucht, Fanfani irgendwie als Vermittler zwischen Ost und West zu benützen; nur so lassen sich die beiden Botschaften erklären, die der sowjetische Premierminister seinem italienischen Kollegen zugehen liess.

Offensichtlich beabsichtigte Chruschtschow mit dieser neuen Manöver, die einheitliche Stellungnahme der westlichen Regierungshäupter gegenüber den bedeutendsten internationalen Problemen zu brechen, und eine Verschiedenheit in den Positionen, die jede einzelne Westmacht einnimmt, zu provozieren. Dennoch bleibt die Frage offen, weshalb Chruschtschow gerade Fanfani ausgesucht hat, um diese "Verschiedenheit der Positionen" zu erzielen.

In politischen Kreisen werden da verschiedentliche politische Gründe dafür angeführt. So wird darauf hingewiesen, dass Italien unter den grossen Ländern des Westens das einzige ist, das gegenüber Berlin keine direkte Verpflichtungen hat, da Italien nicht zu den Unterzeichnern der Abmachungen zählt, die sich auf den Status der Stadt Berlin beziehen; was zweifellos ein wichtiger Faktor zu sein scheint. Auch mag die Überzeugung eine Rolle gespielt haben, dass Italien - dank seiner starken kommunistischen Partei - doch das schwächste Glied in der Atlantischen Allianz darstellt. Aber vielleicht kommt man dem wahren Beweggrund Chruschtschows näher, wenn man bedenkt, dass Fanfani das einzige Regierungshaupt ist, das einer politischen links-katholischen Strömung angehört.

Das angesehenste Informationsblatt des Landes, "Il Corriere della Sera", bemerkt in einem Leitartikel vom 10. September auch,

dass die Stellung der Katholiken gegenüber einer Kriegsgefahr - und der Gefahr eines Atom-Krieges erst recht - äusserst schwierig und heikel ist, weil wieder einmal die einen strikt nationalen Zug aufweisenden Ansprüche gegen diejenigen stossen, die von einem universellen und religiösen Charakter gekennzeichnet sind. Es würde hier zu weit führen, diesen Gedanken weiter zu verfolgen, doch muss darauf hingewiesen werden, dass Fanfani ein äusserst überzeugter Katholik ist und deshalb gewiss gegenüber der Neigung der Kirche, den Frieden unter allen Umständen zu verteidigen, höchst empfindlich ist.

So wie sich Fanfani auf sozialem Gebiet unter den Seinen für seine oft kühnen Bejahungen bestimmter Reformen unterscheidet, so war es leicht vorzusehen - und darüber war Chruschtschow bestimmt genügend informiert - dass selbst im Bereich der atlantischen Verteidigungsgemeinschaft er nichts unterlassen würde, um eine Aktion zugunsten des Friedens zu unternehmen.

Chruschtschow scheint es völlig gleichgültig zu sein, dass durch seine Taktik momentan die italienischen Kommunisten, propagandistisch wenigstens, in Schwierigkeiten geraten sind. Wie bekannt, werfen diese der Regierung in ihren Propaganda-Slogans ständig vor, Italien in den Abgrund zu stürzen.

Ganz abgesehen von den internationalen Auseinandersetzungen über die Aktivität Fanfanis ist dieser durch seine Initiative auf nicht zu unterschätzende interne Schwierigkeiten gestossen. Besonders was die Liberalen und den rechten Flügel der DC betrifft. Er ist gezwungen worden, auf zahlreiche ihm gestellte Fragen eine präzise und unmissverständliche Antwort zu erteilen; dadurch ist er wiederum im Bereich des "orthodoxen Atlantikers" gekommen.

Auf Grund des Zustandekommens einer aus Christlichdemokraten, Linkssozialisten, Sozialdemokraten und Republikaner zusammengesetzten Regionalregierung auf Sizilien ist die Stabilität der Regierung Fanfani ins Schwanken gekommen. Falls Fanfani seine Regierung retten will, wird er nicht umhin können, seine Aktion streng innerhalb der Grenzen der traditionellen, italienischen Aussenpolitik zu führen. + + +